

II-2150 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1190N

A N F R A G E

1987 -11- 05

der Abgeordneten Dr. Höchtl
und Kollegen

an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst
betreffend Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Unter anderem beinhaltet das Koalitionsabkommen der Bundesregierung eine Absichtserklärung der Bundesregierung, die Beschäftigungsausweitung im öffentlichen Dienst einzuschränken. Um die Realisierung dieser Absichtserklärung der Bundesregierung besser kontrollieren zu können, erscheint es notwendig, das diesbezügliche Datenmaterial genauer zu gestalten und zu verbessern. Der Öffentlichkeit sind nur die Dienstpostenpläne und die gesamte Lohn- und Gehaltssumme der Beschäftigten in Bund, Ländern und Gemeinden bekannt. Da ein Dienstposten entweder mit mehreren Personen oder auch gar nicht besetzt werden kann, kann die tatsächliche Zahl der Beschäftigten und das pro-Kopf-Einkommen im öffentlichen Dienst nicht exakt erhoben werden. Daten darüber gibt es hauptsächlich aus dem Bundesrechenamt; diese stehen allerdings nur der Bundesregierung und nicht der Öffentlichkeit zur Verfügung. Dieser Zustand ist besonders bedauernswert, da er ein deutlicher Rückschritt in der Datenerfassung und damit der Analysierbarkeit der Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung gegenüber der österreichischen Monarchie ist. Die Tafeln zur Statistik der österreichischen Monarchie aus dem Jahr 1828 geben eine umfassende Information über die Zahl der Beschäftigten in den diversen Ländern der k.u.k. Monarchie, differenziert nach Beamten, Practicanten und Diurnisten (in

heutiger Terminologie Vertragsbedienstete) sowie ihre Funktion und Bezüge. Der damalige Informationsstand übertrifft alles, was dem Statistischen Zentralamt und Forschungsstätten im heutigen Österreich zur Verfügung steht. Über die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung aus historischer Sicht kann daher differenzierter befunden werden als für die Gegenwart. Besonders augenfällig ist, daß in westlichen Industrieländern üblicherweise die Beschäftigung im öffentlichen Dienst statistisch besonders gut abgedeckt ist, meist besser als im privaten Sektor. Die derzeitige österreichische Datensituation ist demzufolge sowohl im Hinblick auf internationale Usancen als auch im historischen Vergleich ein unrühmlicher "Fortschritt".

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst folgende

A n f r a g e :

Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um die Datensituation und die statistische Erfassung des Beschäftigtenstandes im öffentlichen Bereich zu verbessern?